

# Landtag

## Medizinische Versorgung: Schett stellt Tilg zur Rede

Ärzte in ländlichen Regionen werden knapp. Josef Schett initiierte einstimmigen Landtagsbeschluss für eine Modellregion Osttirol. Passiert ist nichts. Jetzt will er von Landesrat Tilg Antworten. Tilg sieht sein Handlungsfeld eingeschränkt.

Von **Michaela Ruggenthaler** | 22.23 Uhr, 28. März 2017



Josef Schett vermisst politischen Willen © kk/impuls tiro

Gleich zum Auftakt der Landtagssitzung Mittwoch früh nützt der Osttiroler Mandatar **Josef Schett** (impuls tirol) die aktuelle Stunde, spricht Fragestunde: Seine Frage richtet sich an Gesundheitslandesrat **Bernhard Tilg** (ÖVP). Schett will von Tilg wissen, bis wann endlich mit praxistauglichen Verbesserungen von Rahmenbedingungen für Ärzte und Patienten in Tirol gerechnet werden kann. Der Abgeordnete bezieht sich dabei, auf die Tatsache, dass es immer schwieriger wird Kassenstellen in ländlichen Gebieten zu besetzen und Patienten viel zu oft die Krankenhäuser aufsuchen und die Ambulanzen dadurch komplett überfordern.

Er erinnert den Landesrat auch daran: "Wir von impuls-tirol haben schon im März 2015 einen Antrag zur Errichtung einer Modellregion Osttirol mit dem Ziel der Verbesserung und langfristige Sicherstellung der allgemeinmedizinischen Versorgung im ländlichen Raum eingebracht. Dieser Antrag wurde einstimmig in der Sitzung des März-Landtages 2015 beschlossen, seither haben wir nicht mehr viel dazu gehört".

Der Kleinen Zeitung ist auch schon bekannt, was Tilg Schett antworten wird. Bevor der Landesrat auf die Frage des impuls-Politikers eingeht, dankt er den Ärzten im Bezirk Lienz. Und Tilg wird im Landtag feststellen: "Wir haben neben dem Bezirkskrankenhaus Lienz eine hochqualitative niedergelassene Versorgung der Bevölkerung in den Regionen und Talschaften des Bezirkes."

Betreffend Modellregion Osttirol hält er fest: "Im Rahmen dieser Modellregion wird die Implementierung eines universellen Bereitschaftsdienstes, also kurativer Dienst, Notarztdienst, sprengelärztlicher Dienst, gefordert. Das bedarf aber der Klärung und Abstimmung mit den weiteren Systempartnern insbesondere Tiroler Ärztekammer, Sozialversicherung, Gemeinden. Das Land allein kann eine derartige Fusionierung nicht bewirken".

Die Verschränkung der angeführten Bereitschaftsdienste zu einem universellen Bereitschaftsdienst sei im Bezirk Lienz in Ansätzen in der Praxis bereits gut etabliert. Von Seiten der Ärztekammer und der Tiroler Gebietskrankenkasse gebe es jedoch nach wie vor rechtliche Vorbehalte gegen die Fusionierung der kurativen Dienste mit dem Notarzbereich.

Und Tilg sagt auch: "Mit mehr als 1000 Euro pro Tag Kosten allein für die Bereitschaft ist ein universeller Bereitschaftsdienst für Gemeinden und Land Tirol in den jetzt vorhandenen, kleinteiligen Sprengelstruktur nicht finanzierbar"

Schett lässt das nicht gelten: " Es gibt in Österreich gelungene Beispiele für langfristige Sicherstellung regionaler medizinischer Versorgung. Ich bin überzeugt, hinter Tilgs Negierung zur Umsetzung stecken anderweitige Interessen. Mit politischem Willen wäre die Modellregion möglich".